VBZH-Tagung
17. September 2026

1. Inputreferat: Grundlagen der beruflichen Vorsorge

Kaspar Saner, Dr. iur., Rechtsanwalt
Fachanwalt SAV Haftpflicht- und Versicherungsrecht

Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich

+41 44 388 57 57
ksaner@kspartner.ch
kspartner.ch

KSPARTNER

1

Übersicht

- Einige Zahlen zur beruflichen Vorsorge
- Unterstellte Personen
- Informationsquellen
- Obligatorische Vorsorge
- Weitergehende Vorsorge
- Beitragsprimat - Leistungsprimat
- Abgrenzung
- Beispiele zu Fällen auf der «Kippe» zwischen obligatorischer und weitergehender Vorsorge

2

Einige Zahlen

- Ca. 1’300 Vorsorgeeinrichtungen
- Kumuliertes Guthaben CHF > 1’200’000’000’000
- > 4.8 Mio. Versicherte
- ca. 930’000 Altersrentenbezüger/innen
- CHF 26 Mrd. Altersrenten / CHF 17 Mrd. Kapitalbezüge
- ca. 110’000 Invalidenrentenbezüger/innen
  ca. 260’000 IV-Renten in der 1. Säule
- ca. 100 Fälle pro Jahr am Bundesgericht

3

Unterstellte Personen

- Unselbständigerwerbende
  obligatorisch bei AHV-Lohn über Fr. 22'680.- p.a.
- Selbständigerwerbende?
- Arbeitslose?
- Nichterwerbstätige?

4

Quellen






+ Gerichtsentscheide u. Literatur

5

Charakter BVG-Obligatorium

- Teil des AHV-pflichtigen Lohns zwischen Fr. 22’680 und Fr. 90’720 (= max. Fr. 64’260) mit Altersgutschriften nach BVG-Obligatorium | Koordinationsabzug: Fr. 26’460
- Zwingendes öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis
- Sozialversicherungsrecht
- aber: ATSG nicht (direkt) anwendbar
- Immerhin: allgemeine Grundsätze der Sozialversicherung beachtlich
  Z.B. Gleichbehandlungsgebot, Beweismass der überwiegenden Wahrscheinlichkeit, einfaches und rasches Gerichtsverfahren

6

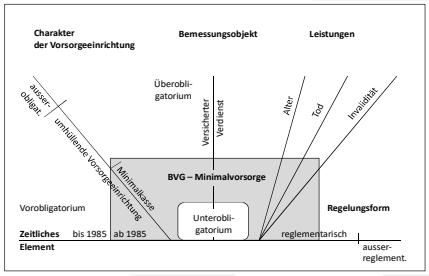
Charakter weitergehende private Vorsorge

- Privatrechtliches Verhältnis:
  → Vertrag
- Konsequenzen v.a. bei Entstehung, Auslegung
- Beispiel (BGer 9C_385/2020):
  - Beginn Arbeitsverhältnis: 1.7.2015 / Tod: 13.7.2015
  - Gesundheitsfragebogen nicht retourniert
  - Vorsorgereglement: Aufnahmebestätigung ins (überobligatorische) Vorsorgeverhältnis nach Eingang Gesundheitsfragebogen; für vorangehende Zeit: BVG-Minimalleistungen

7

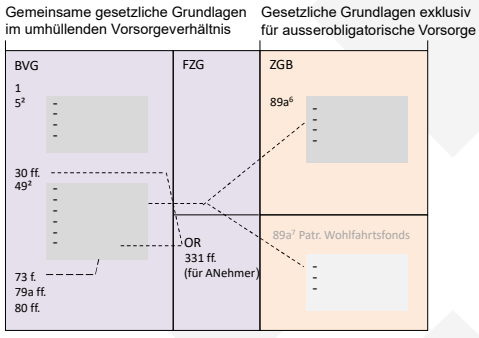
Begriffe zur weitergehenden Vorsorge

Überoblitatorium, Ausserobligatorium, Vorobligatorium, Unterobligatorium



8

Auf das umhüllende Vorsorgeverhältnis direkt anwendbare Gesetzesnormen



9

Art. 49 Abs. 2 BVG - Selbständigkeitsbereich in der weitergehenden Vorsorge

Insbesondere folgende BVG-Bestimmungen verbindlich

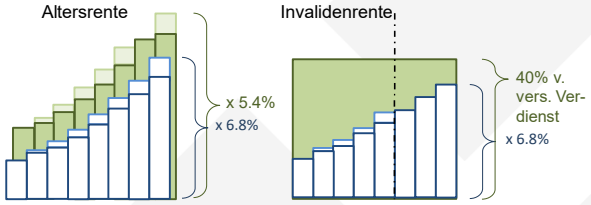
- Grundsätze der beruflichen Vorsorge
- Provisorische Weiterversicherung
- Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen
- Verjährung
- Paritätische Verwaltung
- Rechtspflege
- Einkauf
- Steuerrechtliche Behandlung

RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

10

10

Grundzüge der Berechnung des BVG-Minimums



- Verwitwetenrente: 60 % d. Invalidenrente / Altersrente
- Kinderrente: 20 % d. Invalidenrente / Altersrente

RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

11

11

Arten der Leistungsermittlung

Beitragsprimat

Leistungen abhängig vom vorhandenen Vorsorgekapital

- Leistung individuell nach Gutschriften
- Transparente Berechnung
- Jährliche Verzinsung hat direkten Einfluss
- Lohnerhöhungen nicht automatisch versichert
- Tendenziell schwache Solidarität Jung - Alt

RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

12

12

Arten der Leistungsermittlung

Leistungsprimat klassisch

Leistungen abhängig vom versicherten Verdienst

- Leistung abhängig vom Lohn vor Altersrücktritt (und Versicherungsjahren)
- Komplizierte Berechnung zur Ermittlung des benötigten Vorsorgekapitals
- Jährliche Verzinsung hat keinen direkten Einfluss
- Lohnerhöhungen automatisch versichert
- Tendenziell starke Solidarität Jung - Alt

RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

13

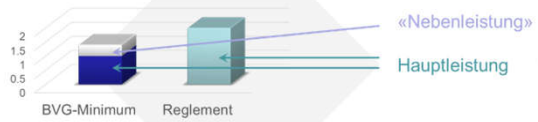
13

Abgrenzung zwischen obligatorischer und weitergehenden Vorsorge

A. «einfache Fälle»

- reiner BVG-Minimalplan (maximale Altersrente Fr. 25'672)
- klar ausserobligatorische Vorsorge (z.B. Stiftung FAR)

B. Anrechnungsprinzip



RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

14

14

Abgrenzung zwischen obligatorischer und weitergehenden Vorsorge

- Teuerungszulage auf Invalidenrente (BGE 127 V 264 E. 4 S. 267)
- Alterskinderrente (BGE 136 V 313 E. 5.3.5 S. 320)
- Auch betr. Finanzierung: Nullverzinsung (BGE 140 V 169 E. 9 S. 186)

C. Günstigkeitsprinzip

- betraglich höhere Leistung aus Reglement oder BVG-Minimum/ Schattenrechnung (vgl. BGE 136 V 65 E. 3.7 S. 71)
- Teilweise Umrechnung von Renten- zu Kapitalleistung et vice versa
- Leistung i.w.S.: Rückforderungen (BGE 150 V 89 E. 5.2.3.2 S. 103)

RA Dr. Kaspar Saner - KSPartner

15

15

Anwendungsfälle: BVG-Minimum anstelle Leistung nach Vorsorgereglement

A. Anzeigepflichtsverletzung

- Kommt im BVG-Minimalbereich nicht zum Zuge
- Minimalleistung unter Berücksichtigung von Art. 14 Abs. 1 FZG (BGE 144 V 376 E. 4.1 S. 379)
- In weitergehender Vorsorge: Kündigung des Vorsorgevertrags nach Art. 6 VVG *analog* (BGE 119 V 283 E. 4 S. 286)
- Grundlage: Gesundheitsdeklaration; muss von Vorsorgeeinrichtung kurzzeitig nach Eintritt angefordert werden, rückwirkende Vorbehalte sind unzulässig (BGer 9C_333/2017 E. 5.2.2)
- Deklarationspflicht: einschränkende Auslegung der Fragen, «subjektiver Verständnishorizont» (BGE 134 III 511 E. 5.5.2 S. 518)

Anwendungsfälle: BVG-Minimum anstelle Leistung nach Vorsorgereglement

- Art. 6 VVG
  - Falsche oder verschwiegene erhebliche Gefahrstatsachen berechtigen den Versicherer zur Kündigung
  - Das Kündigungsrecht erlischt vier Wochen nach Kenntnisnahme
  - Nach der Kündigung entfällt die Leistungspflicht, soweit deren Eintritt oder Umfang durch die nicht oder unrichtig angezeigte erhebliche Gefahrstatsache beeinflusst wurde
- Grundsatz: zurückhaltende Annahme von Anzeigepflichtverletzung (BGer 9C_50/2023 E. 4.4)

Anwendungsfälle: BVG-Minimum anstelle Leistung nach Vorsorgereglement

- Gefahrstatsache: z.B. Gesundheitliche Beeinträchtigung infolge Krankheit (BGer 9C_98/2024 E. 4.2); regelmässige Medikamenteneinnahme (BGer 9C_626/2012 E. 3.3.2)
- Kenntnisnahme: Bei Anhaltspunkten Pflicht zur weiteren Abklärung (BGer 9C_702/2018 E. 4.4.2)
- Kausalität: relativ weites Verständnis (BGer 9C_203/2020 E. 5)
- Inhalt der Kündigungserklärung: Nennung der falsch beantworteten Frage; Erläuterung der unrichtigen Antwort (BGer 9C_35/2022 E. 3)

Anwendungsfälle: BVG-Minimum anstelle Leistung nach Vorsorgereglement

B. Entstehung/Erhöung der Invalidität nach Austritt Vorsorgeverhältnis

- Entstehen des Leistungsanspruchs
  - Gesetz: Anspruch auf Invalidenleistungen haben Personen, die a. (…) bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versichert waren (Art. 23 BVG)
  - Vorsorgereglement: Die versicherte Person hat bei krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit bzw. Invalidität von mindestens 25 % Anspruch auf Invalidenleistungen.
- Auswirkungen der unterschiedlichen Definition des versicherten Risikos (EVG B 52/03 E. 4.2).

19

Anwendungsfälle: BVG-Minimum anstelle Leistung nach Vorsorgereglement

- Spätere Erhöhung des Invaliditätsgrads bei laufender reglementarischer Invalidenrente
  → Anrechnungsprinzip (BGE 136 V 65 E. 3.5 S. 70)

20

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

KSPARTNER

Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich
+41 44 388 57 57
+41 44 388 57 58
info@kspartner.ch
kspartner.ch

21